



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Juni 2015

Gesch. Nr. 037/15

13.04 Fürsorge; Alters- und Pflegeheim

Antrag des Stadtrates betreffend Kenntnisnahme der Jahresrechnung und des Jahresberichts 2014 des Alterszentrums Bruggwiesen / Substantielles Protokoll

[...]

4. GESCHÄFT-NR. 037/15

Antrag des Stadtrates betreffend Kenntnisnahme der Jahresrechnung und des Jahresberichts 2014 des Alterszentrums Bruggwiesen

ANTRAG DES STADTRATES

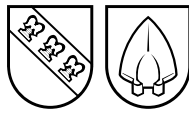
Der Stadtrat unterbreitet mit Beschluss-Nr. 075/15 dem Grossen Gemeinderat mittels Auszug aus dem stadt-rätlichen Protokoll vom 7. Mai 2015 folgenden Antrag:

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung der Artikel 4 und 5 der Verordnung für das Alterszentrum Bruggwiesen -

BESCHLIESST:

1. Von der Jahresrechnung 2014 des Alterszentrums Bruggwiesen mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 1'777'113.66 wird Kenntnis genommen. Die Bilanz weist Aktiven und Passiven von je Fr. 7'092'340.25 aus. Das Eigenkapital verbessert sich durch den Ertragsüberschuss auf Fr. 4'614'764.62.
2. Der Jahresbericht 2014 des Alterszentrums Bruggwiesen und der dezentralen Wohngruppe wird zur Kenntnis genommen.
3. Mitteilung an:
 - a. Verwaltungsrat Alterszentrum Bruggwiesen,
Präsident Bruno Wittwer, Fischeracherstrasse 18, 8315 Lindau
 - b. Geschäftsleitung Alterszentrum Bruggwiesen, Margrit Lüscher, Märtplatz 19, 8307 Effretikon
 - c. Gemeinderat Lindau, Tagelswangerstrasse 2, 8315 Lindau
 - d. Stadtrat, zweifach
 - e. Abteilung Gesundheit
 - f. Abteilung Hochbau
 - g. Abteilung Finanzen
 - h. Abteilung Präsidiales, Ratssekretariat, dreifach



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Juni 2015

Für die detaillierten Ausführungen und den exakten Wortlaut des Weisungstextes wird auf die separaten Akten verwiesen.

ABSCHIED DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Die Vorbereitung dieses Geschäftes fand durch die Rechnungsprüfungskommission RPK statt. Mit Schreiben vom 29. Mai 2015 unterbreitet die RPK dem Gesamtrat einen einstimmigen Abschied, wonach der stadträtliche Antrag unterstützt wird. Der detaillierte Wortlaut ergibt sich aus dem separaten Kommissionsabschied.

BEHANDLUNG IM RAT

Verzicht auf eine Eintretensdebatte, da die anwendbaren Bestimmungen der gemeinderätlichen Geschäftsordnung (Art. 32 GeschO GGR) diese im vorliegenden Fall nicht zwingend vorschreiben.

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, in seiner Funktion als Referent der Rechnungsprüfungskommission, fasst zu Handen des Plenums die Erhebungen der vorberatenden Kommission zum vorliegenden Geschäft zusammen und gibt den Inhalt des Kommissionsabschiedes wieder.

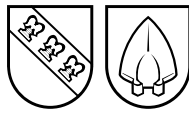
Im Weiteren wird auf die detaillierten Geschäftsakten, die stadträtliche Antragsschrift und den Kommissionabschied verwiesen. Auf die wortgetreue Protokollierung der Ausführungen des Kommissionsreferenten wird zufolge der eindeutigen Faktenlage und der subsidiär konsultierbaren Dokumente verzichtet.

Es begehren keine weiteren Mitglieder der vorberatenden Rechnungsprüfungskommission das Wort, so dass die Diskussion dem Gesamtplenium offen steht.

Gemeinderätin Brigitte Rösli SP, freut sich, erstmals wieder zum Rat in der Funktion als Mitglied zu sprechen, nachdem sie während ihrem Präsidialjahr zum Schweigen gezwungen war. Das Alterszentrum sei bekanntermassen eine Thematik, welche sie sehr interessiere.

Brigitte Rösli zeigt sich froh über die Tatsache, dass das Alterszentrum Bruggwiesen in den vergangenen Jahren Schritte zur Professionalisierung vollzogen hat. Wenn sie den Jahresbericht studiere, erschliesst sich ihr eindeutig, dass der Betrieb sich den Herausforderungen stelle, welche sich in einer modern ausgestalteten Altersinstitution ergeben.

Mit Genugtuung nimmt Gemeinderätin Rösli zur Kenntnis, das inzwischen eine Pflegeexpertin ihren Dienst aufgenommen habe; eine Position, deren damaliges Fehlen Brigitte Rösli in ihrer seinerzeitigen Interpellation noch gerügt habe (vgl. GGR-Geschäft Nr. 071/12; Interpellation Brigitte Rösli, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Alterszentrum Bruggwiesen). Gemeinderätin Rösli ist erfreut, dass mittlerweile offenbar ein Beschwerdemanagement implementiert und auch zur Weiterbildung des Personals entsprechende Massnahmen ergriffen worden sind. Denn gerade Aus- und Weiterbildung seien im Gesundheitsbereich unerlässliche Güter, damit der nötige Nachwuchs an fähigen Fachkräften aufgebaut werden könne.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Juni 2015

Kürzlich fand die Einweihung der neu umgestalteten Terrasse der Dementenabteilung statt, wozu auch die Mitglieder des Grossen Gemeinderates eingeladen waren. Endlich hätten die an Demenz erkrankten Personen eine würdige Umgebung erhalten, nachdem sie seit der Eröffnung mit einer Bausünde – einem sprichwörtlichen „Mist“ – haben Vorlieb nehmen müssen. Es entzieht sich Brigitte Rööslis Kenntnis, wer für die Planung der ursprünglichen Anlage zuständig war; sie habe ihres Zeichens sofort erkannt, wonach die erstmalige Ausgestaltung nichts taugte und mahnt, in solchen Fragen künftig mit etwas mehr Sachverstand zu agieren.

Trotz der löblichen Worte erachtet es Gemeinderätin Brigitte Rööslis als nach wie vor nicht richtig, wenn der Grosse Gemeinderat sich nur mit der Kenntnisnahme des Jahresberichts begnügen muss – das Parlament sei gemäss entsprechender Verordnung auch als Kontrollorgan bestimmt. Rööslis referenziert mehrere Diskussionen, anlässlich welcher diese Thematik und ihre persönliche Haltung dazu bereits hinlänglich erörtert wurden.

Dass das Alterszentrum Bruggwiesen als öffentlich-rechtliche Anstalt Gewinne in einer Grössenordnung schreibe, wo es sich bald lohnen würde, Aktien zu zeichnen – wenn es denn solche zu erwerben gäbe – stimme bedenklich; vor Kurzem musste tendenziell eher noch Geld nachgeschoben werden.

Grundsätzlich falle ja positiv in Betracht, wenn der Betrieb floriere – eine Institution in der Ausprägung, wie sie das Alterszentrum eine sei, dürfe ihren Dienst aber nicht in den Fokus der Gewinnorientierung stellen. Erst recht nicht, wenn entsprechende Bestrebungen auf dem Buckel des Personals ausgetragen werden – erschreckend sei es, dass vakante Stellen nicht besetzt werden konnten.

Brigitte Rööslis kann sich des Verdachtes nicht erwehren, wonach die Heimplatzgebühren derzeit zu hoch angesetzt sind. Für die Stadt sei es nicht erstrebenswert, über hohe Gebühren zu verfügen – insbesondere wenn man sie in den Kontext der ebenfalls hohen städtischen Positionen zu den Zusatz- und Ergänzungsleistungen zur AHV/IV setzt. Denn diese belasten den städtischen Finanzhaushalt bekanntlich über Gebühr.

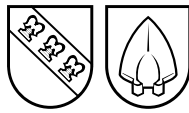
Die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich bei den Mitarbeitenden des Alterszentrums für die in Kauf zu nehmende Arbeitsmehrbelastung.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen aus dem Ratsplenum, sodass der Vorsitzende dem zuständigen Mitglied des Stadtrates das Wort erteilt.

Stadtrat Mathias Ottiger, SVP, Ressort Gesundheit, dankt einmal mehr dem Alterszentrum, dessen Geschäftsleitung, dem Verwaltungsrat und den Mitarbeitenden für deren in der Aufbauphase, unter schwierigen Bedingungen, geleistete Arbeit.

Nach anhaltend schwierigen Verhältnissen habe man nun eine gute finanzielle Basis erreichen können. Es entspreche einer Tatsache, wonach die Geschäftsleiterin regelrecht gebremst werden müsse, um nicht noch mehr Ertragsoptimierungspotenzial zu lokalisieren.

Zum in den Raum gestellten Vorwurf, wonach die Gebühren zu hoch bemessen seien, stellt Stadtrat Ottiger klar, dass die Stadt gesetzlich verpflichtet sei, die Ansätze in einer Weise anzusetzen, dass diese nicht gewinnbringend, sondern kostendeckend sind.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Juni 2015

Bezüglich finanzieller Begebenheiten sehe sich das Alterszentrum auch mit nicht berechenbaren Faktoren konfrontiert. So starben im laufenden Jahr bislang 19 Bewohner bzw. Bewohnerinnen über einen kurzen Zeitverlauf von nur zwei bis drei Monaten; dies werde sich in der Rechnung widerspiegeln.

Stadtrat Ottiger stellt fest, dass es offenbar trotz aller Klärungsversuche (es lagen dazu eine entsprechende Interpellation von Gemeinderat Hasler und weitere Voten bei der Beratung der Finanzzahlen des Alterszentrum vor) zu dieser Materie weiterer Erläuterungen bedarf.

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, habe sich an Stadtrat Ottiger adressiert, um eine Unterbringung für seine Mutter oder Schwiegermutter – er könne nicht mehr eruieren, wen es betraf – zu finden.

Die Gesundheitsdirektion habe gesamthaft 90 Plätze bewilligt – 90 Plätze sind dann verfügbar, wenn sämtliche Zimmer in Zweierbelegung genutzt werden, wo sie derzeit aber auch noch als Einzimer belegt sind. Betrieblich waren die Doppelbelegungen nicht von Beginn weg vorgesehen, weshalb einstweilen nur 72 Betten angeboten worden sind. Derzeit sind in den Häusern B/C 78 Plätze belegt. Man arbeite daraufhin, sämtliche 90 Plätze verfügbar zu machen; der Widerstand dagegen sei aber beträchtlich. Die Kapazität könne nicht von heute auf morgen hochgefahren werden, denn schliesslich seien sich gewisse Bewohner/innen bereits an die gegenwärtige komfortable Situation der Einerbelegung gewöhnt. Das gelte es ebenso zu respektieren.

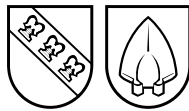
Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, möchte festhalten, dass die Rechnungsprüfungskommission die hohen Freizeitguthaben der Mitarbeitenden moniere und ruft in Erinnerung, dass dieser Umstand bereits in der einige Jahre zurückliegenden Ära Burkhalter (damaliger Leiter des Alterszentrums) zu Tage trat. Hans-Jürg Gehri estimiert, dass die vorberatende Kommission hierzu konkrete Vorschläge zum Abbau bzw. zur Beseitigung wünscht und regt an, dass diese Mehrzeit etwa nicht durch Geldleistungen kompensiert - und somit ausbezahlt -, sondern im tatsächlichen Sinne und in Form der Erholungszeit gewährt werden müsse. Dies fördere eine gesunde Work/Life-Balance; besonders bei solch anspruchsvollen Tätigkeiten, wie sie das Personal des Alterszentrums vollführen müsse.

Interessant zu erfahren sei es, dass der seinerzeitige Demenzgarten ursprünglich Teil des Bauprojektes war. Offenbar profitieren Stadt bzw. Alterszentrum nun von einer ausgerichteten Spende. Die Rechnungsprüfungskommission werde eingeladen, die Unklarheit, die sich hier ergebe, buchhalterisch genau zu prüfen.

Stadtrat Ottiger präzisiert, dass die Finanzierung des umgestalteten Demenzgartens aus dem Lore Frick-Fonds – und nicht etwa aus dem Baukredit – gedeckt werden konnte.

Für die Beratung in baurechtlicher Hinsicht (Statik, Gestaltung, usw.) wurden wohl Mitarbeitende der städtischen Abteilung Hochbau hinzugezogen; die restliche Finanzierung erfolgte hingegen aber ausschliesslich durch das erwähnte Legat bzw. dem erwähnten Fonds.

Der Ratspräsident nimmt Kenntnis von der erschöpften Diskussion und leitet das Beschlussfassungsverfahren und die zugehörige Abstimmung ein.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Juni 2015

ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung der Artikel 4 und 5
der Verordnung für das Alterszentrum Bruggwiesen -

BESCHLIESST:

4. Von der Jahresrechnung 2014 des Alterszentrums Bruggwiesen mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 1'777'113.66 wird Kenntnis genommen. Die Bilanz weist Aktiven und Passiven von je Fr. 7'092'340.25 aus. Das Eigenkapital verbessert sich durch den Ertragsüberschuss auf Fr. 4'614'764.62.
5. Der Jahresbericht 2014 des Alterszentrums Bruggwiesen und der dezentralen Wohngruppe wird zur Kenntnis genommen.
6. Mitteilung an:
 - a. Verwaltungsrat Alterszentrum Bruggwiesen,
Präsident Bruno Wittwer, Fischeracherstrasse 18, 8315 Lindau
 - b. Geschäftsleitung Alterszentrum Bruggwiesen, Margrit Lüscher, Märtplatz 19, 8307 Effretikon
 - c. Gemeinderat Lindau, Tagelswangerstrasse 2, 8315 Lindau
 - d. Stadtrat, zweifach
 - e. Abteilung Gesundheit
 - f. Abteilung Hochbau
 - g. Abteilung Finanzen
 - h. Abteilung Präsidiales, Ratssekretariat, dreifach

Obgenannter Beschluss kam sowohl in den Abstimmungen zu den einzelnen Beschlussesdispositivziffern 1 und 2 als auch in der hernach durchgeführten Schlussabstimmung mit Einstimmigkeit zu Stande.

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon

Versandt am: 19.06.2015
ms